

ANTRAG
auf Gewährung einer Zuwendung
aus dem Programm
Kinderbetreuungsfinanzierung 2015-2018

Investitionsbank des Landes Brandenburg
Referat Infrastruktur
Postfach 90 02 61
14438 Potsdam

Eingangsstempel der
Investitionsbank des Landes Brandenburg

über

Jugendamt

Eingangsstempel des Jugendamtes

1 Angaben zum Antragsteller

1.1 Name/Unternehmensbezeichnung

Name/Unternehmensbezeichnung

Vorname

Akademischer Titel

Geburtsdatum/Gründungsdatum

Rechtsform

1.2 Wohnsitz/Hauptsitz

Land

Bundesland

Straße und Hausnummer

PLZ

Ort

Telefonnummer mit Vorwahl

Faxnummer mit Vorwahl

E-Mail-Adresse

1.5 Ansprechpartner(in)

_____	_____	_____
Name	Vorname	Akademischer Titel

Funktion/Dienststellung		
_____	_____	_____
Telefonnummer mit Vorwahl	Faxnummer mit Vorwahl	E-Mail-Adresse

2 Angaben zur Maßnahme

2.1 Kurzbezeichnung der Maßnahme

Maßnahmebezeichnung (einschließlich Name der Einrichtung)

2.2 Maßnahmeort

Straße und Hausnummer PLZ Ort

2.3 Zeitliche Durchführung der Maßnahme (Durchführungszeitraum)

Tag	Monat	Jahr

Beginn Durchführungszeitraum

Tag	Monat	Jahr

Ende Durchführungszeitraum

Hinweis: Der Durchführungszeitraum darf frühestens am 01.04.2014 beginnen und muss spätestens am 31.12.2017 enden.

2.4 Maßnahmebeschreibung

(z. B. zusätzlicher Bedarf an Betreuungsplätzen aufgrund der Entwicklung der Anzahl der Kinder unter drei Jahren, Beseitigung von befristeten Ausnahmen in der Betriebserlaubnis) - ggf. ausführliche Darstellung als Anlage

2.5 Betreuungsplätze

	Ist (zum Zeitpunkt der Antragstellung)	Soll (nach Abschluss der Maßnahme)
Betreuungsplätze insgesamt		
Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren (U3-Plätze)		
– davon zu ersetzende U3-Plätze, die ohne Erhaltungsmaßnahme wegfallen	X	
– davon neu einzurichtende U3-Plätze	X	

2.6 Träger der Einrichtung

Name/Unternehmensbezeichnung	Vorname	Akademischer Titel
Straße und Hausnummer	PLZ	Ort
Telefonnummer mit Vorwahl	Faxnummer mit Vorwahl	E-Mail-Adresse

2.7 Vorförderungen

Der Antragsteller und/oder der Träger der Einrichtung wurde/n bereits im Rahmen der Richtlinie "Kinderbetreuungsfinanzierung" im Land Brandenburg gefördert:

- ja (Die nachfolgende Tabelle ist auszufüllen.)
- nein

Antragsnummer der ILB	Maßnahme (Bezeichnung, Investitionsort)

2.8 Inanspruchnahme weiterer öffentlicher Mittel für die Durchführung der Maßnahme

Zur Finanzierung der Maßnahme wurden oder werden weitere öffentliche Mittel bei der ILB oder anderen Stellen beantragt bzw. wurden von der ILB oder anderen Stellen gewährt.

- ja (Die öffentlichen Mittel sind als Finanzierungsmittel unter dem Punkt "Finanzierung" anzugeben.)
- nein

2.9 Folgekosten

Die Finanzierung der mit der Maßnahme verbundenen Folgekosten (d. h. die Kosten für den Betrieb, die Unterhaltung, die Instandsetzung etc.) wurden ermittelt.

- ja
 Die Finanzierung der Folgekosten ist gesichert.
 ja
 nein
 nein

2.10 Ausgaben

Der Antragsteller ist bei der Durchführung der Maßnahme zum Vorsteuerabzug berechtigt.

- ja (Die Ausgaben sind nachfolgend ohne Umsatzsteuer anzugeben.)
 nein

Ausgaben	zuwendungsfähig in EUR	nicht zuwendungsfähig in EUR	Summe in EUR
KGR 100 - Grundstück *	 		
KGR 200 - Herrichten und Erschließen *			
KGR 300 - Bauwerk-Baukonstruktionen			
KGR 400 - Bauwerk-Technische Anlagen			
KGR 500 - Außenlagen			
KGR 600 - Ausstattung und Kunstwerke			
KGR 700 - Baunebenkosten			
Summe			
Gesamtausgaben			

* Hinweis: Ausgaben der Kostengruppen 100 und 220 (Öffentliche Erschließung) sind nicht förderfähig.

Die Ermittlung der zuwendungsfähigen Ausgaben erfolgte auf Grundlage

- des Anteils der Ist-Plätze U3 an den Ist-Plätzen insgesamt: %
- des Anteils der Soll-Plätze U3 an den Soll-Plätzen insgesamt: %
- eines anderen Verteilungsschlüssels (Ausnahmefall): %
(Die Ermittlung des Verteilungsschlüssels und die Gründe für die Auswahl sind nachfolgend zu erläutern.)

2.11 Finanzierung

Hinweis: Die Summe der Finanzierungsmittel muss den Gesamtausgaben entsprechen.

Finanzierungsmittel	in EUR
Zuschuss ILB	
Sonstige öffentliche Förderung (beantragt/bewilligt)	
Sonstige Mittel Dritter (ohne öffentliche Förderung)	
Eigenmittel	
Gesamtfinanzierung	

2.12 Beantragte Zuwendung

Zuwendung	Höhe (EUR)
Zuschuss	

3 Erklärungen des Antragstellers

(Die Erklärungen müssen durch Anklicken bestätigt werden.)

Der Antragsteller erklärt, dass

3.1 nicht vor dem 1. April 2014 mit der Maßnahme begonnen wurde.

(Hinweis: Als Maßnahmebeginn ist grundsätzlich jeder Abschluss eines Vertrages zu werten. Bei Baumaßnahmen gelten Planung, Baugrunduntersuchung, Grunderwerb und Herrichten des Grundstücks (z. B. Gebäudeabbruch, Planieren) nicht als Beginn der Maßnahme, es sei denn, sie sind alleiniger Zweck der Zuwendung.)

3.2 die Angaben in diesem Antrag und den beigefügten Anlagen (einschließlich Antragsunterlagen) vollständig und richtig sind,

3.3 ihm bekannt ist, dass

- die Gewährung einer öffentlichen Zuwendung gemäß LHO Brandenburg unter der Maßgabe der wirtschaftlichen und sparsamen Mittelverwendung erfolgt und Aufträge nur an fachkundige und leistungsfähige Anbieter nach wettbewerblichen Gesichtspunkten zu wirtschaftlichen Bedingungen zu vergeben sind.
- Verstöße gegen das Vergaberecht eine teilweise oder vollständige Kürzung der Zuwendung zur Folge haben können.

Das auf www.ilb.de verfügbare Merkblatt zu den Vergabebestimmungen wurde zur Kenntnis genommen.

Der Antragsteller bestätigt die Abgabe der Erklärungen zu Ziffer 3.1 bis 3.3.

3.4 Hinweis: Die nachfolgende Erklärung ist nur abzugeben, wenn es sich beim Antragsteller um einen privaten Investor oder anderen Eigentümer handelt, der die Kindertagesstätte (Grundstück und Gebäude) einem Träger zur Nutzung zur Verfügung stellt.

Der Antragsteller erklärt, dass

- der Antrag mit dem Träger der Kindertagesstätte sowie der Gemeinde abgestimmt wurde,
- der Betrieb der Kindertagesstätte für die Dauer der Zweckbindung gesichert ist und
- die Betriebskostenfinanzierung der Kindertagesstätte durch Vereinbarungen mit der Gemeinde und dem Jugendamt des Landkreises bzw. der kreisfreien Stadt gesichert ist.

3.5 Der Antragsteller erklärt, dass ihm die Subventionserheblichkeit der nachfolgend bezeichneten Tatsachen, die Strafbarkeit eines Subventionsbetruges (§ 264 Strafgesetzbuch) sowie seine Pflicht, der ILB mögliche Änderungen bzgl. subventionserheblicher Tatsachen unverzüglich mitzuteilen, bekannt sind.

Subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 2 Subventionengesetz sind:

- Angaben zu den Rechtsverhältnissen des Antragstellers (Name, ausführende Stelle, Rechtsform, gesellschaftsrechtliche und vertragliche Beziehungen)
- Eigenerklärungen zu KMU, zum Transparenzrichtlinie-Gesetz, zum Anreizeffekt, zum Abschluss einer Kooperationsvereinbarung bei Verbundprojekten sowie zur anderweitigen Finanzierung des Vorhabens durch Dritte
- Angaben zum Zeitpunkt des Maßnahmebeginns, zur Berechtigung zum Vorsteuerabzug
- Die Maßnahmebeschreibung (insbesondere Gesamtziel der Maßnahme, wissenschaftliche und technische Arbeitsziele, Verwertungsplan, innovativer Ansatz)
- Angaben, die Gegenstand der Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnungen, Vermögensübersichten oder Gutachten, des Ausgaben- und Finanzierungsplans, des Haushalts- oder Wirtschaftsplans oder von sonstigen dem Förderantrag beizufügenden Unterlagen sind

- Angaben in den Berichten und Verwendungsnachweisen, welche die zweckentsprechende Verwendung der Zuwendung betreffen
- Tatsachen, die der ILB nach den Bestimmungen des Zuwendungsbescheides/Darlehensvertrages nebst Anlagen mitzuteilen sind
- Angaben, von denen nach dem Verwaltungsrecht (insbesondere § 1 Abs. 1 Satz 1 Verwaltungsverfahrensgesetz für das Land Brandenburg i. V. m. §§ 48, 49, 49a Verwaltungsverfahrensgesetz) oder anderen Rechtsvorschriften (insbesondere ANBest-P/ANBest-G/ANBest-EU/ANBest-Kost/NBest-Bau) die Rückforderung der Zuwendung abhängig ist.

Subventionserhebliche Tatsachen sind ferner solche, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden, sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit einer beantragten Zuwendung.

Das auf www.ilb.de verfügbare "Merkblatt zu subventionserheblichen Erklärungen" wurde zur Kenntnis genommen.

4 Datenschutzrechtlicher Hinweis

Im Rahmen der Antragstellung und Antragsbearbeitung wird die ILB ggf. personenbezogene Daten vollständig oder teilweise für den Zeitraum der Förderung sowie einen anschließenden Aufbewahrungszeitraum erheben und verarbeiten müssen.

Die Anforderung, Erhebung und Verarbeitung erfolgt im Rechtsrahmen des Landeshaushaltsrechts bzw. der diesem Förderprogramm zu Grunde liegenden Richtlinie. Sie erfolgt im zwingend erforderlichen Rahmen, ist zweckbezogen und wesentliche Voraussetzung für die Bearbeitung des Antrags. Sofern erforderlich und im Rahmen der Förderung zulässig, wird die ILB öffentliche oder private Quellen (Register, Wirtschaftsauskunfteien) zur Informationsbeschaffung nutzen.

Sofern bei der Bearbeitung des Antrags bzw. dem anschließenden Bestandsmanagement zur Feststellung oder Prüfung der Eigentums- und Kontrollstruktur, der Bonität, der Mittelverwendung oder zur Erfüllung aufsichtsrechtlicher Anforderungen die Erhebung, Verarbeitung oder Prüfung von Daten Dritter erforderlich wird, sind diese vom Antragsteller/Fördernehmer anzufordern und zu beschaffen. Für die Rechtmäßigkeit der Übermittlung von Daten Dritter an die ILB ist der Antragsteller/Fördernehmer verantwortlich.

Erhobene Daten werden ggf. an die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, die Deutsche Bundesbank und an Landes-, Bundes- und Europabehörden zum Zwecke der Erfüllung aufsichtsrechtlicher Erfordernisse sowie zu den im Rahmen des Fördergeschäftes erforderlichen Auswertungs- und Planungszwecken sowie an externe Partner, die in die Umsetzung des jeweiligen Förderprogramms einbezogen sind, weitergeleitet. Diese Partner sind ebenfalls den datenschutzrechtlichen Vorschriften verpflichtet.

Die ILB verarbeitet personenbezogene Daten streng vertraulich, nach den Bestimmungen des Brandenburgischen Landesdatenschutzgesetzes und unter Aufsicht eines Datenschutzbeauftragten. Die jeweils aktuellen und notwendigen Maßnahmen zur Datensicherheit werden eingehalten.

Der Antragsteller bestätigt die Kenntnisnahme des Datenschutzrechtlichen Hinweises.

Ort, Datum

Unterschrift(en) des Antragstellers/Stempel bzw. Siegel

Name(n) in Druckbuchstaben

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung aus dem Programm Kinderbetreuungsfinanzierung 2015 - 2018

Anlagen

(Beigefügte Unterlagen sind durch Anklicken ☒ zu kennzeichnen.)

Stellungnahmen

alle Antragsteller:

- Votum des Jugendamtes des Landkreises/der kreisfreien Stadt

bei Baumaßnahmen:

- Stellungnahme der für die Betreuung von Kindern im Alter unter drei Jahren zuständigen obersten Landesbehörde, aus der hervor geht, ob die Betriebserlaubnis beeinträchtigt wird oder Auflagen beseitigt werden können

Antragsteller

alle Antragsteller:

- Vollmacht(en)

Maßnahme

öffentliche Antragsteller:

- Ergebnis der Antragsprüfung durch die bautechnische Dienststelle der Gemeinde

bei Kindertageseinrichtungen:

- Kopie der Betriebserlaubnis bzw. Angaben zum Stand der Erteilung der Betriebserlaubnis

bei Baumaßnahmen:

- aktueller Grundbuchauszug (nicht älter als drei Monate) bzw. Pacht-, Miet- oder sonstiger Nutzungsvertrag
- Auszug aus der Flurkarte
- vollständige Entwurfszeichnungen
- Erläuterungsbericht mit genauer Beschreibung der Baumaßnahme und Ausführungsart
- Kostenberechnung, aufgliedert in Kostengruppen nach DIN 276 (bis zur 3. Ebene)
- Bauzeitenplan
- Bericht über den Stand der bauaufsichtlichen und sonst erforderlichen Genehmigungen
- erforderliche Genehmigungen in Kopie

bei Ausstattungsinvestitionen:

- Kostenschätzungen/Kostenvoranschläge

Finanzierung

alle Antragsteller:

- Zuwendungsbescheide/Zusagen/Darlehensverträge für die sonstige öffentliche Förderung laut Finanzierungsplan

öffentliche Antragsteller:

- Auszug aus der rechtskräftigen Haushaltssatzung/dem Haushaltsplan, welche(r) die Maßnahme und ihre Finanzierung berücksichtigt

freie Träger/private Investoren:

- Auszug aus dem genehmigten Haushalts- bzw. Wirtschaftsplan, welcher die Maßnahme und ihre Finanzierung berücksichtigt
- Bestätigung der Hausbank, dass die zur Finanzierung der Maßnahme angegebenen Eigenmittel zur Verfügung stehen

Die ILB behält sich die Anforderung weiterer Unterlagen und Informationen vor.

**Anlage zum Antrag auf Gewährung einer Zuwendung
aus dem Programm Kinderbetreuungsfinanzierung 2015 - 2018**

Antragsteller: _____

Maßnahme: _____

Antrag vom:

Ergebnis der Antragsprüfung durch die bautechnische Dienststelle der Gemeinde

Nach Prüfung der dem Antrag beigefügten Pläne, Erläuterungen, Kostenberechnungen und sonstigen Unterlagen wird festgestellt, dass die Baumaßnahme den baulichen Anforderungen und hinsichtlich der Planung und Konstruktion den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit entspricht/nicht entspricht (nicht Zutreffendes bitte streichen).

Für die Durchführung der Baumaßnahme hat der Antragsteller Gesamtausgaben in Höhe von _____ EUR veranschlagt

Im Ergebnis der der Prüfung werden Gesamtausgaben in Höhe von _____ EUR als angemessen erachtet.

Ort, Datum

Unterschrift(en)/Stempel bzw. Siegel

Name(n) in Druckbuchstaben